

ZUSAMMENFASSUNG DER ERSTEN GESPRÄCHSRUNDE DER ZWEITEN SITZUNG
DER INITIATIVE THINK TANKS TANDEM, 21.-22. OKTOBER 2016
Jeanette Süß | Stiftung Genshagen

Welche Zukunft für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU nach dem Brexit?

Die zweite Sitzung der Initiative 'Think Tanks Tandem' fand am 21.-22. Oktober 2016 in der Stiftung Genshagen statt. Rund 50 Vertreter namhafter deutscher und französischer Think Tanks sowie deutscher, französischer und europäischer Behörden trafen zu zwei offenen Gesprächsrunden zusammen. Die erste Runde (21.10.) behandelte die Frage der künftigen Entwicklung der GSVP nach dem Brexit und wurde von Dr. Martin Koopmann, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung Genshagen, eingeleitet. Die Debatte wurde mit einem Kurzvortrag des Abteilungsleiters für Militärpolitik bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU, Admiral Jürgen Ehle, und einem Kommentar des stellvertretenden Direktors des Pariser Institut des relations internationales et stratégiques (IRIS), Jean-Pierre Maulny, eröffnet. Diese Text fasst die wichtigsten Aussagen der Debatte zwischen den deutschen und französischen Teilnehmern zusammen.

1. Eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Europa?

Die Idee einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik besteht seit Beginn der europäischen Integration. Allerdings standen die historisch verankerten unterschiedlichen Verteidigungskulturen der einzelnen Mitgliedstaaten der Fortentwicklung einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik lange Zeit entgegen. Vor allem für Deutschland war die Befürwortung einer stärker militärisch ausgelegten europäischen Verteidigungspolitik lange innenpolitisch nicht tragbar. Auch wurden Frieden und politische Stabilität in Europa nicht zuletzt durch das bipolare Staatensystem und durch die Abgabe der Verantwortung für die europäische Sicherheit an die NATO gewährleistet, weshalb dem Aufbau einer eigenständigen europäischen Sicherheitsarchitektur keine Priorität eingeräumt wurde.

Allerdings hat sich die europäische Sicherheitsarchitektur spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer grundlegend verändert und neue Dynamiken frei gesetzt. Vor allem Deutschland hat sich im sicherheitspolitischen Bereich in den letzten zwanzig Jahren erheblich weiterentwickelt und zeigte deutlich seine Bereitschaft, sich im europäischen Kontext stärker einzubringen. Dennoch ist Deutschland weiterhin dem Vorwurf seitens seiner europäischen Partner, darunter auch immer wieder Frankreich, ausgesetzt, sich im militärischen Bereich nicht genug zu engagieren. So bleibt die Debatte gerade zwischen Deutschland und Frankreich oft von Stereotypen geprägt, die den Blick auf Sachthemen versperren. Fest steht, dass Deutschland, Frankreich und der europäische Kontinent insgesamt gemeinsamen Herausforderungen gegenüberstehen, auf die es nur eine gemeinsame Antwort geben kann.

2. Gemeinsame Herausforderungen für Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt

In der Diskussion herrschte Konsens darüber, dass der europäische Kontinent sich aktuell verschiedenartigen Instabilitäten und Bedrohungen ausgesetzt sieht. Die weltweiten Krisenherde (vor allem Syrien, Irak, Libyen und die Sahel-Zone) stellen nicht nur eine äußere Bedrohung für Europa, sondern in Form des islamistischen Terrorismus auch eine Gefahr für die innere Sicherheit der EU dar. Gespeist von einem Gefühl der Angst und Ohnmacht in großen Teilen der jeweiligen Gesellschaften ist dieser Zusammenhang mitverantwortlich für ein erhebliches Erstarken rechtspopulistischer Kräfte in verschiedenen Mitgliedstaaten der EU. Eine weitere Herausforderung stellt die Frage der künftigen Kooperation mit Russland dar, das als größte Militär- und Nuklearmacht Europas eng in einen multilateralen Rahmen eingebunden werden sollte, wie von einigen Teilnehmern hervorgehoben wurde.



2.1. Welche Konsequenzen für die GSVP durch den Brexit?

Die deutschen und französischen Teilnehmer waren sich darüber einig, dass mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU zunächst ein hoher Grad an Unsicherheit verbunden ist. Das Land verfügt nicht nur über das größte Militärbudget innerhalb der EU, ist ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und stellt eine der zwei halbjährlich wechselnden EU Battlegroups. Es ist bislang

auch für einen pragmatischen Umgang in Hinblick auf die Gewichtung zwischen ziviler und militärischer Herangehensweise beim Krisenmanagement der EU eingetreten und hat dabei eine vermittelnde Position eingenommen.

Gleichzeitig ergeben sich mit dem Ausstieg Großbritanniens aus der EU aber auch Chancen für eine Weiterentwicklung der GSVP, da in Zukunft ein notorischer Blockierer bei entscheidenden Zukunftsfragen bzgl. der europäischen Verteidigungspolitik wegfallen wird. So könnte die Idee des Aufbaus eines europäischen Hauptquartiers für militärische und zivile GSVP Missionen und Operationen oder die tatsächliche Nutzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ)¹ - die bereits durch den Vertrag von Lissabon geschaffen wurde, bis dato aber ungenutzt blieb - neuen Auftrieb – erhalten. Nichtsdestotrotz sollte das Vereinigte Königreich auch nach seinem Austritt aus der EU weiterhin ein enger Partner der Union in der Verteidigungspolitik bleiben, z.B. indem es sich auf freiwilliger Basis als Drittstaat an EU-Operationen beteiligt.

2.2. Potenziale und Hürden der GSVP

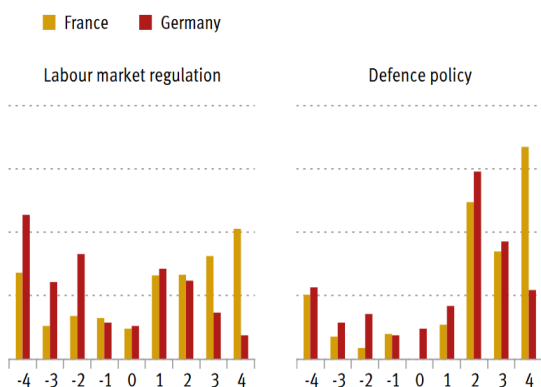
Die Teilnehmer der Tagung waren sich darüber einig, dass die GSVP einen Beitrag zur wirksamen Bekämpfung aktueller Krisen leistet und durchaus auf Erfolge im Rahmen des militärischen und zivilen Krisenmanagements verweisen kann.² Von deutscher Seite wurde jedoch hervorgehoben, dass die hohe Expertise der EU im Bereich der Krisenprävention für die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärker fruchtbar gemacht werden sollte. Demnach sollten künftig Aspekte wie Mediation und Krisenfrühwarnung beim militärischen

¹ Die SSZ ermöglicht es gemäß Artikel 42, Absatz 6, und Artikel 46 des EU-Vertrags bestimmten EU-Ländern, ihre Kooperation im militärischen Bereich zu verstärken, vgl. [EUR-Lex](#).

² Die EU betreibt aktuell 17 laufende Operationen, darunter EUNAVFOR Med zur Bekämpfung von Schleuserbanden an der libyschen Küste oder EUCAP Sahel Mali zur Modernisierung der malischen Sicherheitskräfte, vgl. [Europäischer Auswärtiger Dienst](#).

und zivilen Krisenmanagement im Sinne eines umfassenden Stabilisierungsansatzes stärker mit bedacht werden. In Deutschland und Frankreich herrscht insgesamt eine positive Grundstimmung für mehr europäische Verantwortung im Verteidigungsbereich, wie z.B. auch eine aktuelle Umfrage des Mannheimer Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) unter deutschen und französischen Parlamentariern ergeben hat.

Die Skala -4 (stimme nicht zu), 0 (unentschieden) bis 4 (stimme zu) bildet die Zustimmungswerte ab, die sich für die Frage, ob der EU mehr finanzielle und operative Kompetenzen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zugesprochen werden sollten, ergeben.



Quelle: ZEW: [Searching for a Franco-German Consensus on the Future of Europe – Survey Results for Bundestag, Assemblée Nationale and Sénat](#), September 2016.

Als Hürde für die effektive Umsetzung eines umfassenden Stabilisierungsansatzes wurde die fehlende Kooperationsbereitschaft und Kohärenz zwischen der Entwicklung der GSVP und anderen EU-Politiken wie der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) oder der Entwicklungspolitik der EU identifiziert. Dies zeigt sich beispielsweise an der unzureichenden Abstimmung zwischen der überarbeiteten Strategie der ENP vom November 2015 und der im Juni 2016 erschienenen „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“³.

³ Die Globale Strategie definiert fünf vorrangige Ziele: Sicherheit der Union, Widerstandsfähigkeit von Staat und Gesellschaft in der östlichen und südlichen Nachbarschaft, integrierter Ansatz zur Bewältigung von Konflikten, auf Zusammenarbeit beruhende regionale Ordnungen sowie eine Globale Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert, vgl. [Europäischer Auswärtiger Dienst](#).

3. Konkrete Schritte sind nötig

Was kann nun getan werden, um die GSVP dennoch voranzubringen? Zunächst wurde darüber diskutiert, dass zwischen einem eher strategisch ausgerichteten, mittel- und langfristigen Ansatz und einem kurzfristigen, eher lösungsorientierten Ansatz bei der grundsätzlichen Herangehensweise der GSVP unterschieden werden muss. Die Debatte folgte dann schwerpunktmäßig dem zweiten Ansatz.

Als kurzfristige Priorität wurde die Umsetzung des Implementierungsplans für den Bereich Sicherheit und Verteidigung der „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ identifiziert. Geschieht dies nicht, droht die Strategie zu einer bloßen Absichtserklärung zu verkommen.

Dabei kommt es zentral auf das Engagement und die Überzeugungskraft von Deutschland und Frankreich an, die mit ihrer gemeinsamen Initiative für die europäische Verteidigung vom September 2016⁴ bereits eine gute Grundlage für eine europäische Sicherheitsagenda geschaffen haben.

Neben der bereits diskutierten Idee des Aufbaus eines europäischen Hauptquartiers für militärische und zivile GSVP Missionen und Operationen wurde vor allem der künftige Umgang mit dem Instrument der SSZ kontrovers diskutiert. Letztere ermöglicht zwar einerseits eine Kooperation der Willigen, bürgt aber zugleich konzeptuell das Problem, ein Europa der „zwei Geschwindigkeiten“ zu begünstigen, was vor allem bei kleineren Mitgliedstaaten auf Unmut stößt. So muss der inklusive Charakter der SSZ vorangetrieben werden, um einer internen Spaltung der EU vorzubeugen. Weitere Vorschläge, die zur Diskussion standen, betreffen die Einführung

⁴ Vgl. BMVG 2016: [Erneuerung der GSVP: Deutsch-französische Verteidigungsinitiative](#).

eines Europäischen Semesters der Verteidigung zur Abstimmung der nationalen Verteidigungshaushalte in Anlehnung an das Europäische Semester in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, die Reform des ständigen Mechanismus zur Finanzierung der gemeinsamen Kosten der GSVP-Operationen (Athena-Mechanismus), die Notwendigkeit einer stärkeren EU-NATO-Zusammenarbeit aufbauend auf der Erklärung von Warschau vom Juli 2016 sowie die Ausweitung von Investitionen in europäische Forschungsvorhaben im Verteidigungsbereich.

Insgesamt herrschte Einigkeit darüber, dass viele dieser konkreten Vorschläge in die richti-

ge Richtung zeigen, es nun aber vor allem um die tatsächliche Umsetzung der vorgeschlagenen Instrumente geht.



Liste der Publikationen der teilnehmenden deutschen und französischen Think Tanks zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP):

Annegret Bendiek, « [Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU](#) », SWP-Aktuell 44, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juli 2016.

Annegret Bendiek & Markus Kaim, « [New European Security Strategy – The Transatlantic Factor](#) », SWP Comments 34, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2015.

Institut Jacques Delors, « [Engager l'Europe dans le monde](#) », Tribune par Jacques Delors, Pascal Lamy, António Vitorino, Eneko Landaburu, Elisabeth Guigou, Etienne Davignon, Nicole Gnesotto, Philippe De Schoutheete, Elvire Fabry et Sami Andoura, Juni 2014.

Institut Jacques Delors, « [Quelle politique européenne de sécurité et de défense ?](#) », Synthèse par Elvire Fabry, Thomas Pellerin-Carlin et Emmett Strickland, Dezember 2015.

Institut Jacques Delors, « [L'UE et notre sécurité collective : plus forts ensemble !](#) », Tribune par Jacques Delors, António Vitorino, Pascal Lamy, Enrico Letta et Yves Bertoncini, Juni 2016.

Institut Jacques Delors, Task-Force on the external action of the EU: « [EU security. A matter of political urgency](#) » Tribune, März 2016.

Jean-Dominique Giuliani, « [Réassurer la défense de l'Europe : Projet de traité pour la défense et la sécurité de l'Europe](#) », Question d'Europe n°405, Fondation Robert Schuman, Oktober 2016.

Jekaterina Grigorjeva & Nicole Koenig, « [The right time for ever closer EU -NATO cooperation is now](#) », Jacques Delors Institut Berlin, Juli 2016.

Bastien Irondelle & Olivier Rozenberg et.al, « [L'évolution du contrôle parlementaire des forces armées en Europe](#) », Etude de l'Irsem, n°22, 2012.

Ronja Kempin & Ronja Scheler, « [Joining Forces: Necessary Steps for Developing the Comprehensive Approach](#) », SWP Comments 31, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2016.

Martin Koopmann, « [Europa braucht Weimar: Perspektiven des Weimarer Dreiecks in Krisenzeiten](#) », Genshagener Papiere n°18, Juli 2016.

Barbara Kunz, « [Defending Europe? A Stocktaking of French and German Visions for European Defense](#) », Etude de l'IRSEM n°41, September 2015.

Barbara Kunz, « La fragmentation de l'architecture de sécurité dans la Baltique », Champs de Mars, im Erscheinen.

Maxime Lefebvre, La politique étrangère européenne, Presses Universitaires de France, 2e édition, 2016.

Maxime Lefebvre, « [La politique étrangère européenne : quel bilan ?](#) », La revue géopolitique, Juni 2016.

Claudia Major, « [Viele europäische Soldaten, aber keine europäische Armee](#) », Genshagener Papiere n°10, Dezember 2012.

Claudia Major & Christian Mölling, « France-Allemagne : le pragmatisme bilatéral peut faire progresser la défense européenne », L'Etat de l'Union 2016, Rapport Schuman sur l'Europe, S.121-128.

Jean-Pierre Maulny, « [La France, l'Allemagne et l'Europe de la défense](#) », publication de la Friedrich Ebert Stiftung, bureau de Paris, notes de l'IRIS, März 2016.

Almut Möller, « [Taking stock of the Brexit vote](#) », Note from Almut Möller, European Council of Foreign Relations, Juni 2016.

Stéphanie Pfister, « [Stratégie opérationnelle et aspects civils de la gestion des crises : quelle doctrine pour le volet civil de la PESC ?](#) », Cahiers de l'Irsem, n°3, Oktober 2010.

Jana Puglierin, « [Russland, der Westen und die Grundlagen der europäischen Sicherheitsordnung. Wie soll die EU in Zukunft mit Russland umgehen](#) », Heinrich Böll Stiftung, Juni 2016.

Detlef Puhl, « [La France, l'Allemagne et l'Europe de la défense : réponse à Jean-Pierre Maulny \(mars 2016\)](#) », Friedrich-Ebert-Stiftung Paris, Oktober 2016.

Pierre Razoux, « Brexit: quelles conséquences stratégiques ? », Note de recherche stratégique de l'Irsem, n°27, Juli 2016.

Pierre Vimont « [The Common Security and Defense Policy: National Perspectives](#) », Carnegie Europe.

Pierre Vimont, « [Les intérêts stratégiques de l'Union européenne](#) », Fondation Robert Schuman, Question d'Europe n°404, September 2016.

Amélie Zima, « Retour sur le sommet de l'OTAN à Varsovie », Politique étrangère, im Erscheinen.

Teilnehmerliste

1. **Alexandre Adam**, Erster Sekretär, EU-Beauftragter, Französische Botschaft in Deutschland
2. **Fanny Anor**, Senior Analyst, Institut Montaigne
3. **Anaïs Adriaens-Allemand**, Beraterin und Redenschreiberin, Büro des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten Harlem Désir, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
4. **Elisabeth Ardaillon-Poirier**, Principal Adviser, European Political Strategy Centre (EPSC)
5. **Yves Bertoncini**, Direktor, Notre Europe - Institut Jacques Delors
6. **Stefan Dehnert**, Büroleiter Paris, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
7. **Harlem Désir**, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
8. **Admiral Jürgen Ehle**, Abteilungsleiter Militärpolitik, deutsche Ständige Vertretung bei der EU
9. **Philippe Étienne**, Botschafter der Republik Frankreich in Deutschland
10. **Karin Foistner**, stellvertretende Referatsleiterin Frankreich, Monaco, Benelux, Auswärtiges Amt
11. **Ryszarda Formuszewicz**, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
12. **Dr. Nino Galetti**, Büroleiter Paris, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
13. **Alban Genty**, Project Manager, Progressives Zentrum
14. **Jean-Paul Guihaumé**, stellvertretender Direktor für Deutschland und das alpine und adriatische Europa, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
15. **Thorniké Gordadzé**, Educational Consultant (training, studies and research), Institut des hautes études de défense nationale (IHEDN)
16. **Julie Hamann**, Programmmitarbeiterin, Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
17. **Nina Henke**, Projektleiterin und Öffentlichkeitsarbeit, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
18. **Dr. Hans-Dieter Heumann**, Associate Director, Center for International Security, Universität Bonn
19. **Elisabeth Hoffmann**, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen

20. **Anna-Maria Kellner**, Referentin, Außen- und Sicherheitspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
21. **Dr. Ronja Kempin**, Senior Fellow, Forschungsgruppe „EU/Europa“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
22. **Dr. Tobias Koepf**, Projektleiter, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
23. **Dr. Martin Koopmann**, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
24. **Dr. Barbara Kunz**, Wissenschaftlerin, Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) / Institut français des relations internationales (Ifri)
25. **Heidi Kuhlmann**, Referentin Europapolitik, Jacques Delors Institut Berlin
26. **Dr. Maxime Lefebvre**, Botschafter, Mitglied des Observatoire Europe, Fondation Jean Jaurès
27. **Gudrun Lingner**, stellvertretende Generalsekretärin für deutsch-französische Beziehungen des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten Harlem Désir, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
28. **Anne Macey**, Chief executive officer, Confrontations Europe
29. **Charles de Marcilly**, Büroleiter Brüssel, Fondation Robert Schuman
30. **Jean-Pierre Maulny**, stellvertretender Direktor, Institut de relations internationales et stratégiques (IRIS)
31. **Lena Morozova**, Leiterin der Entwicklungsabteilung, EuropaNova
32. **Marc-Olivier Padis**, Referent, Terra Nova
33. **Thomas Pellerin-Carlin**, Forscher, Energiepolitik der EU, Notre Europe - Institut Jacques Delors
34. **Jean-Christophe Ploquin**, Chefredakteur, La Croix
35. **Sophie Pornschlegel**, Vorstandsmitglied, Polis 180
36. **Dr. Christine Pütz**, Referentin Europapolitik, Heinrich-Böll-Stiftung
37. **Michael Roth**, MdB, Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt
38. **Philipp Sälhoff**, Senior Project Manager, Progressives Zentrum
39. **Sylvia Schmidt**, Junior Professional, Programm Europas Zukunft, Bertelsmann Stiftung
40. **Dr. Georg Schulze Zumkley**, stellvertretender Referatsleiter, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Auswärtiges Amt
41. **Prof. Dr. Tobias Schumacher**, Lehrstuhl Europäische Nachbarschaftspolitik, Europakolleg Natolin
42. **Dominic Schwickert**, Geschäftsführer, Progressives Zentrum
43. **Dr. Stefan Seidendorf**, stellvertretender Direktor, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (DFI)
44. **Lucie Stepanyan**, stellvertretende Generalsekretärin für deutsch-französische Beziehungen, Büro des Staatsministers für Europa Michael Roth, Auswärtiges Amt
45. **Nicolas Suran**, Botschafter, PSK-Vertreter, Ständige Vertretung Frankreichs bei der EU
46. **Jeanette Süß**, Projektassistentin, Programm „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
47. **Dr. Elsa Tulmets**, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
48. **Pierre Vimont**, ehemaliger Geschäftsführender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, assoziierter Forscher, Carnegie Europe, Brüssel
49. **Olaf Wientzek**, Koordinator Europapolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
50. **Amélie Zima**, Postdoktorandin, Institut de recherche stratégique de l'école militaire (IRSEM)